

München, 01.06.2017

## Bekämpfung von Tarifflicht: SPD kritisiert Untätigkeit der Staatsregierung

**SPD-Arbeitsmarktexpertin Weikert: Sozialministerin muss Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern suchen – Nur noch ein Drittel der bayerischen Betriebe hat einen Tarifvertrag**

Nachdem der Sozialausschuss in seiner heutigen (1.6.) Sitzung einen [SPD-Antrag](#) zur Erhöhung der Tarifbindung abgelehnt hat, verstärkt die SPD-Fraktion den Druck auf Sozialministerin Emilia Müller. SPD-Arbeitsmarktsprecherin **Angelika Weikert**: "Der Trend zur Tarifflicht greift auch in Bayern immer mehr um sich. Umso unverständlicher ist es, dass die CSU sich im Sozialausschuss nicht einmal dazu durchringen konnte, die Staatsregierung zum Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzufordern, um gemeinsame Gegenmaßnahmen zu entwickeln."

Laut aktuellem Sozialbericht ist die Anzahl der Betriebe mit Tarifbindung zwischen 2001 und 2013 von 50 auf 30 Prozent gefallen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft belegt zudem, dass Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifvertrag eine Vielzahl von Nachteilen erleben. So arbeiten diese im Durchschnitt länger, verdienen weniger und sind häufiger mit Kündigungen konfrontiert. Auch bilden nicht-tarifgebundene Betriebe weniger Fachkräfte aus und übernehmen Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung seltener.

"Tarifverträge liegen damit sowohl im Interesse der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Wirtschaft. Denn eine höhere Tarifbindung schützt auch die fairen Arbeitgeber, damit sie nicht gegenüber den ‚schwarzen Schafen‘ unter ihren Konkurrenten ins Hintertreffen geraten“, betont Weikert.